

Kreis Bad Kreuznach

Diskussion um die Hunsrückbahn: Bedenken der Kreis-FDP zur löst heftige Reaktionen aus

Unterstützung von der AfD und heftigen Widerspruch von den Grünen und dem DGB ernten die Kreisliberalen mit ihren Bedenken zur Reaktivierung der Hunsrückbahn.

18.11.2019, 11:31 Uhr

Der Sprecher der FDP-Kreistagsfraktion Thomas Bursian hatte in der vergangenen Woche seine Verwunderung über die uneingeschränkte Zustimmung zu der Resolution der Grünen im Kreistag, die unter anderem die Reaktivierung der Hunsrückbahn vorsieht, ausgedrückt und die Pläne als „unwirtschaftlich und nicht zielführend“ bewertet (der Oeffentliche Anzeiger berichtete). „Die Hunsrückbahn bleibt auf der politischen Agenda, auch wenn die rückwärtsgewandte Politik der Kreis-FDP das nicht wahrhaben will“, lautet die eindeutige Reaktion von Karl-Wilhelm Höfler, Vorsitzender des Grünen-Gemeindeverbandes Guldenbachtal.

Bursian hatte auf die schwindende wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Hahn hingewiesen und die 15 Jahre alten Pläne zur Reaktivierung der Bahnstrecke mit dem damaligen Aufschwung des Flughafens erklärt. Doch sieht er heute andere Prioritäten und bemängelt vor allem ein fehlendes kreisweites Gesamtkonzept für den öffentlichen Personennahverkehr.

„Wenn die FDP die Hunsrückbahn als ‚unwirtschaftlich‘ bezeichnet, hat sie nicht begriffen, wie wichtig der öffentliche Personennahverkehr auf der Schiene für die Anbindung der Hunsrückregion und des Guldenbachtals an das Rhein-Main-Gebiet ist“, kontert Höfler in seiner Reaktion auf die Stellungnahme der FDP. Er erläutert, dass die Attraktivität von Gemeinden künftig noch mehr als bisher nicht vom Autobahnanschluss, sondern von einer schnellen und umweltschonenden Verbindung zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten abhängen werde.

Bedingung für die Reaktivierung ist für Höfler aber, dass die Betreiber der Strecke nur leise Bahntechnik einsetzen dürfen. Und dass jede Gemeinde entlang der Strecke einen Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen hat. Höfler erinnerte die FDP daran, dass ihr Landesvorsitzender, der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Volker Wissing, im Koalitionsvertrag die Reaktivierung der Hunsrückbahn mitgetragen hat.

Mit dieser Unterschrift unter den Koalitionsvertrag habe die FDP einen Bückling vor den Grünen gemacht, sagt Jürgen Klein, Fraktionsvorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion. „Nach einer Kosten-Nutzungsrechnung ist eine Reaktivierung der Hunsrückbahn nicht rentabel, die Faustformel für die Rentabilität des Unterhalts einer Schienenstrecke sind 10 000 Passagiere pro Tag.“ Stattdessen schlägt er im Namen der AfD-Kreistagsfraktion vor, als Alternative zum Schienenverkehr eine Versuchsstrecke Flughafen Hahn-Simmern Rheinböllen-Stromberg-Langenlonsheim-Bad Kreuznach mit Wasserstoffbussen einzurichten. Da in Bad Kreuznach ein Wasserstofftankstelle geplant sei, könnten Synergieeffekte genutzt werden.

Der DGB und die Eisenbahn und Verkehrsgewerkschaft (EVG) begrüßen hingegen die jüngst verabschiedete Resolution des Kreistags, die eine Stärkung des regionalen Bahnverkehrs fordert. Der Bau eines dritten Gleises zwischen Gau-Algesheim und Mainz, die Elektrifizierung ab Gau-Algesheim und die Reaktivierung der Hunsrückquerbahn sind langjährige Forderungen der Gewerkschaften. Nicht nachvollziehbar ist für die Gewerkschafter die Ablehnung der Reaktivierung der Hunsrückquerbahn durch die FDP. „Wer mit abnehmenden Fluggastzahlen auf dem Hahn argumentiere, hinkt mehr als zehn Jahre hinter der aktuellen Diskussion her“, erklärt der DGB-Kreisvorsitzende Michael Simon in einer Pressemitteilung.

Es gehe nicht darum, den Hahn mit dem Frankfurter Flughafen zu verbinden, sondern um die Anbindung des südöstlichen Hunsrücks an Rheinhessen und das Rhein-Main-Gebiet im Interesse der dort lebenden Menschen. Im Kreis Bad Kreuznach nützte das besonders den Menschen in der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg.

Dass der Zugverkehr auf der offiziell nie stillgelegten Strecke sich zu Zeiten der Spritpreise von 30 Cent pro Liter und wenig ausgeprägtem Umweltbewusstsein nicht mehr gerechnet habe, möge sein. Heute gehe es aber um ein die Verbesserung von Lebensverhältnissen auch in ländlichen Regionen unter Berücksichtigung der klimapolitischen Notwendigkeiten.

Copyright © Rhein-Zeitung, 2019. Texte und Fotos von Rhein-Zeitung.de sind urheberrechtlich geschützt. Weiterverwendung nur mit Genehmigung, siehe [Impressum](#).